

Wochenblatt

für Pulsnik,
Königsbrück, Radeberg, Radeburg, Moritzburg und Umgegend.

Erscheint:
Mittwoch und Sonnabend.

Als Beiblätter:
1. Illustr. Sonntags-
Blatt (wöchentlich),
2. Eine landwirth-
schaftliche Beilage
(monatlich).

Abonnements-Preis:
Vierteljährl. 1 M. 25 Pf.
Auf Wunsch unentgeltliche
Zusendung.

Amts-Blatt

des Königl. Amtsgerichts

und des Stadtrathes

zu
Pulsnik.

Inserate
sind bis Dienstag u. Freitag,
vorm. 9 Uhr aufz. g. ben.
Preis für die einseitige Cor-
puszeile (ober deren Raum)
10 Pfennige.

Geschäftsstellen

bei
Herrn Buchdruckereibes. P a b l
in Königsbrück, in den An-
noncen-Bureaus von Haas u.
Klein & Vogler u. „Invaliden-
bank“ in Dresden, Rudolph
Möse in Leipzig.

Druck und Verlag von E. L. Förster's Erben
in Pulsnik.

Derundvierzigster Jahrgang.

Verantwortlicher Redakteur Gustav Häberlein
in Pulsnik.

Mittwoch.

Ar. 94.

23. November 1892.

Bekanntmachung,

Schlammverkauf betr.

Donnerstag, den 24. November 1892, Nachmittags 3 Uhr

Schlammverkauf am Communteich gegen sofortige Bezahlung.
Pulsnik, den 22. November 1892.

Der Stadtrath.
Schubert Begrmsfr.

Holz-Versteigerung.

Laufnitzer Revier.

Gasthof „zum schwarzen Adler“ in Königsbrück.

Montag, den 28. November 1892, Nachm. 1 Uhr,

1 eichener Stamm von 18 cm Mittenstärke,
1 birkenener " " 19
179 kieferne Stämme " 12-24 cm Mittenstärke,
3830 " Klöße " 12-23 " Oberstärke,
186 " Stangenklöße v. 11
100 " Derbstangen von 13-15 cm Unterstärke,

Mittwoch, den 30. November 1892,
vorm. 9 1/2 Uhr,

99 Rm. weiche Brennscheite,
2600 " " Brenntüppel,
1098 " " Aeste,
12 " " Stöcke,

In den Abtheilungen
10 und 11,
Schlag des künftigen
Militärschieß-
standes.

Königl. Forstrevierverwaltung Laufnitz und Königl. Forstrentamt Moritzburg, den 12. November 1892.
Lehmann. Mittelbach.

Die deutsch-russischen Handelsvertrags- Unterhandlungen.

Obwohl man noch nicht definitiv von einem wirklichen Scheitern der zwischen Deutschland und Rußland nun schon seit langen Monaten schwebenden Handelsvertrags-
unterhandlungen sprechen kann, so scheint es doch, als ob demselben in der That kein anderes Schicksal bechieden sein sollte. Petersburger Blätter, die gewöhnlich für gut unterrichtet gelten, wie die „Nowosti“ und die „St. Peters-
burger Zeitung“, wissen zu berichten, daß die handels-
oder eigentlich zollpolitischen Verhandlungen zwischen den beiden Staaten zu keinem günstigen Ergebnisse geführt hätten, da die hierzu von der russischen Regierung eingesezte
Commission die deutschen Vorschläge als den Interessen des Handels und der Industrie Rußlands nicht entsprechend erachtet habe. Dies würde vollständig mit den schon bis-
her über den Stand der deutsch-russischen Verhandlungen verbreiteten Meldungen übereinstimmen, wonach Rußland von Deutschland ziemlich weitgehende Zugeständnisse ver-
lange, ohne doch dem deutschen Partner in gleicher Weise entgegenzukommen. Erwägt man schließlich den äußerlich
ungemein schleppenden Gang dieser Unterhandlungen, wel-
cher wiederholt befremdlich lange Ruhepausen mit sich brachte, so wird man allerdings zugeben müssen, daß das
Projekt einer handelspolitischen Verständigung zwischen Deutschland und Rußland fast gar keine Aussicht auf Ver-
wirklichung mehr besitzt.

Sollten aber die deutsch-russischen Verhandlungen die-
sen signalisirten negativen Ausgang thatsächlich nehmen, so
erscheint die Frage berechtigt, weshalb denn russischerseits
die handelspolitische Annäherung an den deutschen Nachbar
überhaupt erst versucht worden ist. Glaubte man in Pe-
tersburg vielleicht, den deutschen Markt willfähriger zur
Aufnahme der nun schon so lange in der Luft schwebenden
obermaligen russischen Anleihe zu machen, indem man an-
scheinend die Hand zur Herstellung eines erträglichen zoll-
politischen Verhältnisses mit dem deutschen Nachbarreiche
bot? Oder war man an der Newa der Meinung, Deutschland
würde sich mit geringen Zugeständnissen von der anderen
Seite begnügen, nur, um sich den langjährigen Getreidelieferanten im Osten zu erhalten? Oder aber
war der russische Vorschlag vielleicht nur ein politischer
Schachzug, zu dem Zwecke, den Franzosen die Möglichkeit
einer Annäherung zwischen Deutschland und Rußland zu-
nächst auf wirtschaftlichem Gebiete vor Augen zu führen

und sie hierdurch den erneuten russischen Anleiheversuchen
gegenüber gefügiger zu machen? Genug, jedenfalls steht
die Thatsache fest, daß von Petersburg aus die Anregung
zu den wirtschaftspolitischen Verhandlungen zwischen
Rußland und Deutschland gegeben worden ist, aber ander-
erseits muß auch festgestellt werden, daß deutscherseits
der russische Vorschlag sofort freundliche Beachtung und
dem entsprechende Würdigung bei den Verhandlungen selbst
gefunden hat, und wenn nun anscheinend die Verhandlungen
doch sich wieder zerschlagen werden, so kann den auf
deutscher Seite obwaltenden Dispositionen schwerlich die
Schuld an einem solchen Resultate beigemessen werden.

Sicherlich würde man es in Deutschland mit Freunden
begrüßt haben, wenn sich mit Rußland eine handelspoliti-
sche Verständigung hätte erzielen lassen, da durch dieselbe
wichtigen Zweigen der deutschen Industrie der russische
Abzugsmarkt, den jene in Folge der Abzerrungspolitik Ruß-
lands fast gänzlich eingebüßt haben, wiedergewonnen wor-
den wäre. Aber Deutschland hätte ein solches entgegen-
kommen Rußlands offenbar durch viel schwerer wiegende
Zugeständnisse seinerseits erkaufen müssen, und diesen Preis
wollte die deutsche Regierung augenscheinlich nicht zahlen.
Selbstverständlich bleibt es auf jeden Fall bedauerlich,
wenn durch einen Abbruch der deutsch-russischen Handels-
vertragsunterhandlungen die für beide Theile unstrittig
erziehbare gegenseitige Annäherung auf wirtschaftspoliti-
schem Gebiete nunmehr nicht stattfinden wird, ganz abge-
sehen davon, daß ein Scheitern dieser Verhandlungen auch
auf die rein politischen Beziehungen zwischen Berlin und
Petersburg nur noch weiter erhaltend einwirken muß.
Indessen, Deutschland wird selbst bei einer Fortdauer des
jetzigen unheilvollen wirtschaftspolitischen Verhältnisses zum
Czarenreiche nicht schlechter fahren, als bisher, ob Rußland
dasselbe von sich behaupten kann, bleibt noch eine offene
Frage.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnik. Um dem Publikum die Möglichkeit zu
gewähren, in dringenden Fällen Einschreibbriefsendungen
stets mit den nächsten, also auch mit solchen Postbesör-
derungsangelegenheiten zur Abwendung zu bringen, welche außer-
halb oder kurz nach Beginn der für den Verkehr am Post-
schalter festgesetzten Dienststunden sich darbieten, besteht die
Einrichtung, daß derartige Sendungen bei den Postanstal-
ten ausschließlich der Postagenturen auch außerhalb der

Schalterdienststunden bis spätestens eine halbe Stunde vor
dem Abgange der nächsten Beförderung Gelegenheit gegen
Zahlung einer Gebühr von 20 Pf. eingeliefert werden
können, sofern zu jener Zeit ein Beamter im Dienste an-
wesend ist. Es ist ferner zulässig, außerhalb der Schalter-
dienststunden auch „Dringende Pakete“, deren Beförderung
mit den sich darbietenden schnellsten Postgelegenheiten, also
auch mit den Schnell- und Kurierzügen stattfindet, gegen
Entrichtung der gleichen Gebühr und der tarifmäßigen beson-
deren Gebühr von 1 Mark zur Auslieferung zu bringen.

R a m e n z, 17. November. Durch eine hochauflo-
dernde Flamme im Gehöste der alten Herkloß'schen Schön-
färberei hervorgerufen, ertönten heute Morgen nach 1/2
Uhr die Feuer Signale, doch war die Gefahr für die Gebäude,
welche durch den Brand von Kalkfässern und anderer Holz-
theile entstanden war, bald beseitigt. Dem Vermuthen
nach war derselbe durch Selbstentzündung eines Fasses
voll Tags vorher trocken gelöschten Kalkes entstanden. (R. W.)

— König Albert hat genehmigt, daß bei den beiden
vgl. sächs. Ulanenregimentern eine neue Probe an Stelle
der bisher getragenen Tschapta eingeführt werde, ebenso
daß der weiße Vorstoß am oberen und vorderen Kragen-
rande der Ulanenwaffenröcke (Ulanen) durch einen solchen
von kornblumenblauer Farbe ersetzt wird, endlich, daß mit
1. Januar k. J. eine neue Geschäftsenteilung im kgl.
Kriegsministerium in Kraft tritt. Diese höchste militärische
Verwaltungsbehörde wird von diesem Zeitpunkt ab in 5
Abtheilungen zerfallen.

— Die Sächsische Stiftung, die bestimmt ist, armen
kranken Angehörigen des Königreichs Sachsen Unterstützungen
zum Gebrauche der böhmischen und sächsischen Heilquellen
zu gewähren, hat im Sommer 1891 im Ganzen 349
Kranke unterstützt. Das Vermögen der Stiftung betrug
am Schlusse des Jahres 1891 neben einem Kassenbestand
von 580 Mark 102 925 Mark.

— Es sind seit letzter Zeit in verschiedenen Tages-
blättern Gerüchte in Umlauf gesetzt worden, daß an maß-
gebendster Stelle in Sachsen der Militärvorlage keinerlei
Sympathien entgegengebracht würden. Diese Gerüchte
entbehren wie das „Dresdner Journal“ mit Bestimmtheit
ausprechen kann, jeder Begründung.

— In P i e s e n bei Dresden hat ein 13 Jahre
alter Knabe, dortiger anständiger Eltern die Kirche daselbst
mehrfach in frecher Weise beraubt. Am Altar befindet
sich ein großer Opferstock in Form einer eisernen Büchse,
die in gewissen Zeiträumen geöffnet und leer gemacht wird.